

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Zuwanderung begrenzen

Die Unterschriftensammlung zur Begrenzungsinitiative der SVP wurde gestartet. Die Schweiz soll die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig steuern können. Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren. Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch dazu angepasst oder erweitert werden. Dies ist die wichtige Kernaussage der Initiative.

Die Begrenzungsinitiative fordert zudem den Bundesrat auf, die Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union innerhalb eines Jahres auszuhandeln. Gelingt das nicht, soll der Bundesrat innert eines Monats kündigen. Denn die unkontrollierte Einwanderung und ihre Folgen für die Schweiz gehen ungebremst weiter. Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 liegt die durchschnittliche Nettozuwanderung in unser Land zwischen 60 000 bis 80 000 Personen pro Jahr. Die negativen Auswirkungen dieser Entwicklung sind täglich zu spüren: Die Konkurrenz am Arbeitsplatz steigt, ältere Leute verlieren den Arbeitsplatz und werden durch junge Ausländer ersetzt, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise werden teurer, die Landschaft verdrängt zusehends und die Infrastrukturen wie Strassen, Züge und Schulen platzen aus allen Nähten. Und das Wichtigste: Die kulturellen Herausforderungen in Schulen und am Arbeitsmarkt sind vielerorts kaum zu bewältigen. Fast die Hälfte aller Sozialhilfebezügler sind Ausländer und die Kosten für Sozialausgaben überfordern die Gemeinden zusehends.

Das Ziel ist: Die Zuwanderung soll wieder auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft und der Bevölkerung ausgerichtet werden. Für hochqualifizierte Fachkräfte wie Ärzte, Ingenieure, Chemiker und Informatiker ist die Zuwanderung weiterhin möglich. Das gleiche gilt für Personen, die Stellen besetzen, welche mangels qualifizierter Inländer nicht besetzt werden können. Verliert ein Ausländer die Stelle, dann hat er die Schweiz jedoch wieder zu verlassen. Alle souveränen Länder kontrollieren die gesamte Einwanderung eigenständig. Es käme ihnen nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Dies sollte auch für uns gelten. Bleiben wir dran. Nun gilt es, tatkräftig Unterschriften zu sammeln.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

7 statt 9 Stadträte für Zürich!

Die SVP unterstützt die Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträte» und lehnt im Gemeinderat dezidiert den Antrag des Stadtrats ab, die Volksinitiative abzulehnen.



Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Die Volksinitiative ist 2016 von einem parteilosen Bürger, Stefan Mühlemann, 44, eingereicht worden und hat folgende Ziele:

- Reduktion von 9 auf 7 Departemente
- Reorganisation der Stadtverwaltung nach dem Prinzip «zusammenlegen, was zusammengehört»
- Erhöhung der Effizienz der Verwaltung, «bestehende Doppelpurigkeiten, Überschneidungen und überflüssige Schnittstellen» beheben
- Flexiblere Reaktion auf neue Entwicklungen, Bürgerinnen und Bürger sollen «einen Staat erhalten, der Reformen zulässt»

- Frei werdende Mittel sollen dazu dienen, Leistungen zu sichern und auszubauen

Gemäss der NZZ vom 27. Februar 2018 verfolgt Mühlemann mit seiner Initiative insgesamt das Ziel einer effizienten Stadtverwaltung: «In den letzten beiden Legislaturperioden ist die Bevölkerung in der Stadt Zürich um 9 Prozent gewachsen, die Vollzeitstellen in der Gesamtverwaltung jedoch um 13 Prozent und jene der Kaderstellen um 22 Prozent.

Letztere sind jene Stellen, welche den öffentlichen Haushalt besonders stark belasten. [...] Das Parkinsonsche Gesetz des Bürokratiewachstums, aufgestellt durch den britischen Soziologen C. Northcote Parkinson, Mitte des 20. Jahrhunderts [besagt, die] Arbeit dehnt sich exakt in dem Masse aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht. Diese halbironisch formu-

lierte Gesetzmässigkeit lässt sich in der Privatwirtschaft, aber eben auch in der öffentlichen Verwaltung beobachten. Darum ist es wichtig, dass man historisch gewachsene Strukturen regelmässig hinterfragt.»

Befragungen als Rechtfertigung

Der Stadtrat seinerseits lehnt die Volksinitiative unter anderem mit den Argumenten ab, dass eine Reduktion der Stadträte von 9 auf 7 ein millionenteures Reorganisations-Projekt sei, die langfristigen Einsparungen zweifelhaft sind, wenn nicht gleichzeitig die zu erbringenden Leistungen reduziert würden und zudem keine Belege existieren, die bei einer Verkleinerung der Exekutive einen Spareffekt beweisen.

Weiter stützt der Stadtrat seine Ablehnung der Volksinitiative auf folgende Quellen, die angeblich eine hohe Zufriedenheit mit dem heutigen Stadtrat zeigen sollen:

- Bevölkerungsbefragung 2015: Hohe, zunehmende Zufriedenheit
- Firmenbefragung 2016: Hohe, zunehmende Zufriedenheit

- Mitarbeitendenbefragung 2013: 87 Prozent der Mitarbeiterinnen attestieren der Stadt, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein
- Finanzen Stadt Zürich: Positiver Abschluss 2016, Eigenkapital über 1 Milliarde
- Rankings: Topplatzierungen

SVP für Initiative

Roger Bartholdi, Gemeinderat SVP und Stadtratskandidat, vertritt im Namen der SVP-Fraktion die Position, dass die Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträte» vom Gemeinderat unterstützt werden soll, weshalb der Ablehnungsantrag des Stadtrats abgelehnt werden muss.

So kann es direkt zu einer Volksabstimmung kommen und die Bürger können darüber befinden, wie die Organisation der Stadt Zürich in Zukunft aussehen soll.

Nach langer emotionaler Debatte entscheidet der Gemeinderat knapp, mit Stichentscheid des Gemeinderatspräsidenten, den Ablehnungsantrag des Stadtrats zu unterstützen.

FÜR EINE BÜRGERLICH-LIBERALE POLITIK IN ZÜRICH

Schluss mit linkem Filz und rot-grüner Vetterliwirtschaft

Als Kind der 80er und 90er mag ich mich noch vage an den Begriff «FDP-Filz» erinnern, der damals besonders von den Linken herumgereicht wurde, um die bürgerliche Schweiz anzuprangern. Diese Zeiten sind längst vorbei – heute, 2018, hat sich in der Schweiz und insbesondere in der Stadt Zürich ein neuer Filz ausgebreitet: Es ist ein sozialdemokratischer, ein rot-grüner Filz.



Ueli Bamert
Vizepräsident und
Wahlkampfleiter
SVP Stadt Zürich

Sie machen Karriere im staatlich subventionierten Kulturbetrieb, an den Universitäten, in Gewerkschaften und Genossenschaften und selbstverständlich in der Verwaltung. Nebenbei ist man Mitglied bei der SP, den Grünen oder der AL und engagiert sich politisch im Gemeinderat oder in einem der zahlreichen linken NGO.

Man unterstützt seine Genossen, wo man kann, tritt sich gegenseitig nicht auf die Füsse und schantzt einander lukrative Pöstchen oder sonstige Gefälligkeiten zu. Auch die veröffentlichte Meinung weiss der linke Filz auf seiner Seite, da auch im Medienbetrieb linksgrüne Vertreter in der Überzahl sind. Anhand von zwei Beispielen aus der Stadt Zürich lässt sich dieses System bestens erklären:

Kulturförderung: Preise für Freunde

Jeweils im Herbst vergibt Stadtpräsidentin Corine Mauch in einer feierlichen Zeremonie im Zürcher Kaufleuten Förderpreise, Werkjahre und «Anerken-

nungsgaben» in Höhe von mehreren Hunderttausend Franken. Unter den Preisträgern sind neben Nachwuchskünstlern immer wieder auch sehr bekannte Namen wie Adolf Muschg, Christian Kracht oder Melinda Nadj-Abonji, die mit Sicherheit nicht auf die staatlichen Zuschüsse angewiesen sind. Die Preise dienen folglich nur einem Zweck: die linke Kulturrelite sichert sich damit die Unterstützung des ganzen Milieus – schliesslich beisst niemand gern die Hand, die ihn füttert.

Als besondere Pointe hat die Stadt Zürich letzten Herbst fast zeitgleich bekannt gegeben, den jährlichen Beitrag in Höhe von 10 000 Franken an die Quartierbibliothek Wollishofen zu streichen, einen 220-jährigen, fest im Quartier verankerten Verein. Der Fall ist klar: Der Stadtpräsidentin ist die Pflege ihres persönlichen Kulturnetzwerks Hunderttausende von Steuerfranken wert, sinnvolle Quartierinstitutionen sind ihr egal.

Wohnungsbau: Genossen zuerst

Das Motto der SP lautet bekanntlich «Für alle statt für wenige». Insbesondere im Bereich des subventionierten Wohnens gibt die Linke vor, diesem Motto nachzuleben: Durch die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sollen sich auch Personen mit kleinem Budget eine Wohnung in der Stadt leisten

können. Soweit die Theorie. Wir wollten das genauer wissen und haben die im Internet frei zugänglichen Wohnadressen der Zürcher Gemeinderäte mit der ebenfalls im Internet frei zugänglichen Liste des gemeinnützigen Wohnungsbaus in der Stadt Zürich verglichen.

Dabei sind erschreckende Zahlen herausgekommen: 37 Prozent der linken Gemeinderäte (SP, Grüne und AL) wohnen in gemeinnützigen Wohnungen, während es bei den bürgerlichen (SVP, FDP und CVP) gerade einmal 12 Prozent sind. Nun sind 125 Gemeinderäte selbstverständlich keine repräsentative Stichprobe, das Resultat kann aber trotzdem kein Zufall sein: Die Linken setzen sich seit Jahren für die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ein und schancen sich die dadurch entstandenen günstigen Woh-

nungen danach gleich gegenseitig zu. Diejenigen, die tatsächlich eine günstige Wohnung nötig hätten, bleiben aussen vor – so sieht linke Solidarität aus!

Rot-grünen Sumpf austrocknen!

Dies sind nur zwei Beispiele für den grassierenden linken Filz in der Stadt Zürich. Für die SVP der Stadt Zürich ist klar: Mit derlei linker Vetterliwirtschaft muss ab sofort Schluss sein! Diesen Sonntag finden die Gemeinde- und Stadtratswahlen statt. Für die SVP stellen sich in jedem Kreis motivierte und kompetente Gemeinderatskandidaten zur Wahl.

Und für den Stadtrat, die Regierung der Stadt Zürich, kandidieren mit Susanne Brunner und Roger Bartholdi zwei Kandidaten, die prädestiniert dafür sind, mit diesem Saustall endlich aufzuräumen. Egal wie die Wahlen ausgehen: Die SVP wird sich auch in den nächsten vier Jahren konsequent für eine bürgerlich-liberale Politik im rot-grünen Zürich einsetzen.

Stadtrats- und Gemeinderatswahlen vom 4. März 2018

SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten stellen sich zum Gespräch

Kreis/Quartier	Datum	Zeit	Standort
1/2 Wollishofen	03. März 2018	10.00 – 12.00 h	Morgental
3 Alt-Wiedikon	03. März 2018	09.00 – 11.00 h	Schmiede Wiedikon
4/5 Gewerbeschule	03. März 2018	10.00 – 12.00 h	Limmatplatz
6 Unterstrass	03. März 2018	09.30 – 11.30 h	Schaffhauserplatz
7/8 Witikon	03. März 2018	10.00 – 12.00 h	Einkaufszentrum
9 Altstetten	02. März 2018	17.30 – 19.00 h	Lindenplatz
9 Albisrieden	03. März 2018	07.00 – 08.15 h	Fellenbergstrasse
9 Albisrieden	03. März 2018	13.15 – 15.00 h	Fellenbergstrasse
10 Höngg	03. März 2018	10.00 – 11.30 h	Kappenbergstrasse
11 Oerlikon	03. März 2018	09.00 – 12.00 h	Marktplatz
12 Schwamendingen	03. März 2018	09.00 – 12.00 h	bei Migros

Gemeinderat: Liste 2 – SVP

Und in den Stadtrat:
Susanne Brunner, Roger Bartholdi,
Filippo Leutenegger, Michael Baumer, Markus Hungerbühler.
Und als Stadtpräsident: Filippo Leutenegger.



Die junge Generation unterstützt Stadtratskandidatin Susanne Brunner.



Für eine sichere Zukunft in Freiheit!

